

ANTISEMITISMUS

„Narrative gegen Juden sind oft Teil des Alltags“

Von Schnurbein. Judenhass unter Muslimen

„Jede Form von Antisemitismus ist inakzeptabel. Es ist immer einfach, von einer Seite auf die andere zu zeigen“, sagt Katharina von Schnurbein, die Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Damit weist sie im Gespräch mit dem KURIER die Annahme zurück, dass die Gefahr des muslimischen Antisemitismus wesentlich größer sei als rechter oder linker Antisemitismus.

Vor islamisch motiviertem Antisemitismus warnen derzeit besonders rechte und rechtsextreme Parteien. „Wichtig ist, den Antisemitismus in den eigenen Reihen zu bekämpfen.“

Von Schnurbein betont aber, dass „antisemitische Ressentiments innerhalb der muslimischen Gemeinde größere Resonanz finden als in der Gesamtbevölkerung, weil die Narrative gegen Juden und Israel oft Teil des Alltags sind“. Man sollte Muslime deswegen aber nicht „in die Ecke stellen, sondern überlegen, wie man Muslime und muslimische Organisationen erreicht, um diese Vorurteile anzusprechen und auszuräumen“.

Vernetzung

Was tun gegen Judenhass und Judenfeindlichkeit? – Dieser Frage gehen derzeit Experten bei einer internationalen Konferenz in Wien nach (An End to Antisemitism!), die vom European Jewish Congress initiiert wurde.

Die deutsche EU-Beamtin führt die Zunahme von Antisemitismus auf eine „gesamtgesellschaftliche Strömung, auf eine größere Polarisierung, auf die Suche von Sündenböcken und neuerdings auf aktueller werden die Verschwörungstheorien“ zurück. „Die Zunahme antisemitischer Vorfälle und das Gefühl von Unsicherheit im Alltag von Juden sind sehr besorgniserregend“, betont von Schnurbein.

Hass im Netz

Hetze und Hassreden im Internet nehmen ebenfalls zu. Die EU-Kommission hat einen Code of Conduct mit großen IT-Firmen 2016 abgeschlossen.

Seit Ende 2015 beschäftigt sich Katharina von Schnurbein mit der Prävention und der Bekämpfung von Antisemitismus in der Brüsseler Behörde, und sie pocht darauf, dass alle Mitgliedsstaaten in gleicher Weise akzeptieren, dass Antisemitismus ein Problem ist. „Die Wahrnehmung in den einzelnen EU-Staaten ist noch sehr unterschiedlich.“

Ein Großteil der Arbeit der EU-Kommission ist es demnach, die Anerkennung, was Antisemitismus ist, herzustellen, und zu achten, dass die Mitgliedsländer Daten und Vorfälle gegen Juden tatsächlich erheben und die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Exekutive und jüdischen Gemeinden verbessern.

– MARGARETHA KOPEINIG



„Die Unsicherheit bei Juden nimmt zu“, sagt Katharina von Schnurbein. Sie ist Koordinatorin der EU-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus



„Brexit wird die Art, wie britische und österreichische Firmen Geschäfte machen, ändern.“

David Davis
Brexit-Minister

Brexit-Minister versucht in Wien, es EU und Briten recht zu machen

VON KONRAD KRAMAR

Rede vor Unternehmern.

David Davis versucht bei seiner Brexit-Rede in Wien eine verunglückte Gratwanderung zwischen Freiheit für die Wirtschaft und Sicherheit für Bürger.

Gegen „red tape“ ist Bürokratie harmlos. Zwar heißt das eigentlich dasselbe, doch für die Briten – und vor allem die Brexit-Anhänger unter ihnen – ist „red tape“ das Feindbild schlechthin. Die EU würde damit Großbritanniens Unternehmen fesseln und Fortschritt, Wachstum, Freiheit usw. behindern.

Für die Europäer aber – und vor allem deren Brexit-Verhandler – steckt in dieser Bürokratie auch Positives: Jene Gesetze und Regeln nämlich, die verhindern, dass irgendjemand in der EU völlig unkontrolliert – also ohne Umwelt- oder Arbeitnehmerschutz – Waren produziert, oder ein Staat mit hem-

mungslosen Niedrigsteuern ausländische Unternehmen anlockt. Und genau das habe Großbritannien vor, nachdem es die EU verlassen habe, so die Befürchtung vieler EU-Entscheidungsträger.

David Davis, Großbritanniens für den Brexit zuständiger Minister und überzeugter Anhänger des EU-Austritts, war nach Wien gekommen, vor allem um die EU-Vertreter zu beruhigen. Sein Land, betonte er hartnäckig, habe schon immer höchste Standards gehabt und werde solche auch nach dem EU-Austritt haben. Ob es nun um Umwelt- oder etwa

Arbeitnehmerschutz gehe, „wir werden EU-Standards noch übertreffen, ... auf Weltklasse-Niveau arbeiten“. Berichte, dass Großbritannien Deregulierung betreiben werde, um Wettbewerbsvorteile für seine Firmen herauszuschlagen, konterte der Minister mit luftigen Phrasen à la: „Uns geht es um ein Rennen um die Spitze bei globalen Standards, nicht um ein Rennen um den letzten Platz.“

Zugleich aber musste Davis den Unmut seiner Landsleute über den „red tape“ aus Brüssel beruhigen. Nicht umsonst fragten die vielen mitgereisten britischen Reporter

genau danach, also ob man all diesen „red tape“ tatsächlich über Bord werfen werde.

Wenig Konkretes

Da blieb Davis wiederum wenig übrig, als sich in Phrasen zu flüchten. Natürlich werde sich „die Art, wie britische Firmen mit jenen aus Österreich oder aus anderen EU-Ländern Geschäfte machen, unweigerlich ändern“. Großbritannien werde seine eigenen Handelsverträge aushandeln, seine eigene Einwanderungspolitik und wieder unabhängige Gerichte haben – und dazu „maßgeschneiderte Verträge, die enge Partnerschaft erlauben, aber auch die Tatsache berücksichtigen, dass wir die EU verlassen haben.“

Davis' Auftritt in Wien bestärkte also nur den Eindruck, den viele EU-Verhandler und Beobachter von der Brexit-Strategie der Briten haben – nämlich, dass man eigentlich nicht so recht weiß, in welche Richtung man steuert. Auch Davis blieb im Endeffekt nicht mehr übrig, als zu beteuern, dass „wir uns wie gute Nachbarn benehmen werden“.

EINSTELLUNG DER ÖSTERREICHER ZUM BREXIT



1001 Befragte in Österreich (online), 2018
KURIER Grafik: APA,CT

Quelle: APA/Gesellschaft für Europapolitik

KÜRZUNGSVORHABEN

Kinderbeihilfe: VdB rügt Regierungsplan

Präsident contra Koalition. Van der Bellen hat Bedenken bei Kürzung der Unterstützung für Ausländer

Das Szenario ist rund um den Wahlgang oft gezeichnet worden: Da der einst grüne Präsident, dort die türkisblaue Regierung – inhaltliche Differenzen sind da eigentlich vorprogrammiert.

Gemerkt hat man davon bisher allerdings recht wenig. Alexander Van der Bellen äußert sich, so ja auch das präsidiale Amtsverständnis, so gut wie gar nicht zu tagespolitischen Themen; Ausnahmen sind nur moralische Grundsatzfragen – etwa die (erste) Liederbuch-Causa oder der ORF-Lügnenvorwurf der FPÖ, zumal die ja nun Regierungspartei ist.

einem aktuellen Vorhaben der Regierung äußert, kann man darum durchaus überraschend nennen: Er äußerte bei einem Treffen mit seinem slowakischen Amtskollegen Andrej Kiska Bedenken wegen der von der Regierung geplanten Kürzung der Kinderbeihilfe für Ausländer.

Pflege-Misere droht

Geht es nach ÖVP/FPÖ, soll die Kinderbeihilfe für Personen mit nichtösterreichischem Pass künftig indiziert werden – also auf das jeweilige, vor allem im Osten weitaus niedrigere Landesniveau angepasst werden. Genau das ist

Van der Bellen sich dem Thema überhaupt widmet: Bezogen wird die Familienbeihilfe nämlich von vielen Pflegerinnen, die in Österreich arbeiten, und das teils zu äußerst niedrigen Löhnen.

Für sie ist die staatliche Unterstützung mit ein Grund, den Job zu machen: 40 Prozent der Slowakinnen, die in Österreich tätig sind, würden ihre Jobs ohne Kinderbeihilfe aufgeben, ergab eine Umfrage aus dem Vorjahr. „Es arbeiten tausende Krankenschwestern und Pflegerinnen aus der Slowakei in Österreich. Es ist schwer zu sehen, wie wir ohne diese absolut wichtige Hilfe auskommen würden“, sagt

Dass der Bundespräsident sich in dieser Frage so offenherzig gibt, hat seine Gründe. Er kann sich nämlich darauf verlassen, auf rechtlich ziemlich sicherem Terrain zu wandeln: „Die europarechtlichen Bedenken stehen außer Frage“, sagte er noch dazu – was er meint: Nicht nur die EU-Kommission und der EuGH-Präsident haben die Regierungspläne skeptisch bewertet, auch der Rechtsdienst des Deutschen Bundestages hat die Idee als rechtlich undurchführbar bezeichnet. Das hat übrigens dazu geführt, dass die deutsche Regierung ihr Anliegen bis auf Weiteres auf

ÜBERBLICK

WEITERE MELDUNGEN

Frauen: Schon 100.000 Unterstützer

Volksbegehren. Neben dem Anti-Raucher-Volksbegehren laufen auch die beiden anderen sehr gut. Nach nur wenigen Tagen hat auch das Frauen-Volksbegehren die wichtige Hürde von 100.000 Unterstützungserklärungen genommen. Die Materie muss daher später im Parlament behandelt werden. Auch das Volksbegehren „Asyl europarecht umsetzen“ erfreut sich regen Zulaufs. Obwohl die Initiatoren kaum Werbung für ihr Anliegen machen konnten, steht dieses Volksbegehren schon bei rund 25.000 Unterschriften.

Le-Pen-Nichte vor Comeback?

Frankreich. In Frankreich wird über ein Comeback im Lager der Rechtspopulisten spekuliert: Die Nichte von Front-National-Chefin Marine Le Pen, Marion Marechal Le Pen, spricht am Donnerstag auf einer Konferenz in Washington, bei der auch US-Präsident Donald Trump auftritt. Es ist ihr erster Auftritt, seit die Hardlinerin vor neun Monaten ihren Rückzug aus der ersten Reihe des FN verkündete. Ihre Tante Marine Le Pen gilt innerparteilich als angeschlagen, strebt aber beim Parteitag im März ihre Wiederwahl an. Gegenkandidaten gibt es bisher nicht.